

fraktion intern



Solidarisches Land

*Gute Rentenpolitik
braucht Verlässlichkeit*

SEITE 12

*Familien
gezielt unterstützen*

SEITE 20

*Bildung heißt
Chancen eröffnen*

SEITE 17

BERTOLT BRECHT — UM 1929 — SOLIDARITÄTSLIED

*» Vorwärts, und nicht vergessen,
worin uns're Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen,
vorwärts und nicht vergessen
die Solidarität! «*

Für ein #solidarischesLand

ANDREA NAHLES

VORSITZENDE DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Regierungsverantwortung übernommen, um die Solidarität und den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Indem wir das Leben der Menschen ganz konkret verbessern, geben wir auch die beste Antwort auf den Rechtspopulismus, der sich überall auf der Welt breit macht. Wir arbeiten für ein solidarisches Land und stellen die Themen in den Mittelpunkt, die den Menschen wirklich unter den Nägeln brennen. Das sind zum Beispiel die Themen Mieten und Wohnen. Auch in der Arbeitswelt gibt es viele neue Fragen, auf die wir Antworten geben wollen. Die Digitalisierung bietet nicht nur viele Chancen, sondern verunsichert auch viele Beschäftigte.

Vom Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Land sind wir ebenfalls noch weit entfernt. Boomende Städte stehen Regionen mit sinkender Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber – Kommunen, in denen kein Bus mehr fährt, keine Ärzte praktizieren, Schwimmbäder und Geschäfte schließen müssen.

Arbeit, Wohnen, Daseinsvorsorge – das sind nur drei Beispiele, an denen sich die Spaltungslinien in unserem Land ablesen lassen. Wenn immer mehr Menschen das Gefühl haben, auf sich allein gestellt zu sein, dann geht einer

der wichtigsten Werte unseres Gemeinwesens verloren: Solidarität. Das bedroht den sozialen Frieden und die Fundamente unserer Demokratie. Aus diesem Grund werden wir Solidarität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einer schwierigen Situation Verantwortung übernommen, um genau dafür zu sorgen: mit guten Kitas, modernen Schulen, verlässlicher Pflege, bezahlbaren Wohnungen, sicherer Arbeit, Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, stabilen Renten und der Förderung strukturschwacher Regionen.

Natürlich haben wir in den Koalitionsverhandlungen mit der Union nicht all unsere Forderungen in Reinform durchgesetzt. Demokratie ist ohne Kompromiss nicht möglich. Das heißt aber nicht, dass wir unserem Ziel einer besseren Gesellschaft nicht Schritt für Schritt näher kommen. Ich habe keinen Zweifel, dass wir unser Land in den kommenden Jahren spürbar voranbringen werden. Und für all das, was wir mit CDU und CSU nicht umsetzen können, werden wir weiter laut und deutlich kämpfen. Das ist sozialdemokratische Politik für ein #solidarischesLand.

Ihre Andrea Nahles ■

Inhaltsverzeichnis

6 — TITEL



Zurück zum Zusammenhalt

Wie die SPD-Bundestagsfraktion die Spaltung der Gesellschaft überwinden will.

12 — RENTE



Lebensleistung anerkennen, Lebensrisiken absichern

Wir arbeiten unser Leben lang und müssen uns darauf verlassen können, dass wir im Alter gut versorgt sind.

16 — ARBEIT



Gerecht am Wohlstand teilhaben

Arbeit wertschätzen heißt Einkommen entlasten, Weiterbildung fördern, Sicherheit geben und Chancen eröffnen.

13 — INTERVIEW

„Der Wohlfahrtsstaat wird von zwei Seiten angegriffen“

Der schwedische Experte für Verteilungsfragen Per Molander im Gespräch über Solidarität und Kapitalismus.

17 — BILDUNG

Damit alle gleiche Chancen haben

Der Bund investiert massiv in die Bildung, denn sie ist der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit.

18 — WOHNEN



Die Lebensqualität vor Ort erhöhen

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist **die** soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

VON SÖREN BARTOL, MDB

20 — FAMILIE



So stärkt die Koalition Familien

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gute Betreuungsangebote, Zuschüsse und Wohnraum: Gerechte Familienpolitik stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

22 — PFLEGE



Eine Pflege-Agenda, die allen hilft

Es ist eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, gute und verlässliche Pflege sicherzustellen – durch bessere Ausbildung, höhere Löhne und die Unterstützung von Pflegenden.

VON SABINE DITTMAR, MDB

21 — VERBRAUCHERSCHUTZ

Wie die neue „Eine-für-alle-Klage“ Verbraucher stärkt

Ein Meilenstein im Verbraucherschutz: Die Musterfeststellungsklage erleichtert es Verbraucherinnen und Verbrauchern künftig, ihre Rechte durchzusetzen.

Haushalt 2018: Rekordinvestitionen, aber keine neuen Schulden

Mehr Investitionen, mehr soziale Gerechtigkeit: Der Bundeshaushalt setzt sozialdemokratische Schwerpunkte und bleibt der Nullverschuldung treu.

Solidarisches Land



TITEL

Zurück zum Zusammenhalt

Solidarität hat es nicht leicht dieser Tage in Politik und Gesellschaft. Soziale und kulturelle Spaltungen nehmen zu. Worum es dabei wirklich geht, und was nun hilft.

Auf den ersten Blick sieht das Haus aus, wie dutzende andere im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel: rot verklinkerter 60er-Jahre-Bau, mit kleinem Vorgarten, vierstöckig, in einer Reihe mit anderen. Die Wohnungen sind nicht besonders groß, nicht gehoben. Durchschnitt. Eine von ihnen wurde frei. 48 Quadratmeter im 1. OG, zwei gleich große Zimmer, Duschbad, Küche, Balkon zur vielbefahrenen Straße.

Und die Nachbarn staunten nicht schlecht, was sie zu sehen bekamen: Hunderte Menschen kamen zur Besichtigung, sie standen mehr als 50 Meter Schlange, noch um die Straßenecke herum. Sie drängelten und quetschten sich durch den engen Flur. Ein Einzelfall? Nicht mehr. Solche Szenen sind in allen großen und auch immer mehr mittleren Städten zu beobachten.

Der Wohnraum wird knapp, die Mieten steigen und steigen. In Berlin etwa stehen nur noch zwei Prozent Wohnungen leer. Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes fehlten im Dezember 2017 rund eine Million Wohnungen in Großstädten. Und selbst gutverdienende Paare finden nichts Bezahlbares mehr.

Eine Analyse der Online-Jobplattform StepStone und des Immobilienportals immowelt.de zeigt: In den drei größten deutschen Städten bleibt nach Abzug der jährlichen Mietkosten verhältnismäßig wenig im Geldbeutel: 27 Prozent in München, 24 Prozent in Berlin beziehungsweise 22 Pro-

zent in Hamburg gehen pro Jahr im Schnitt vom Bruttoeinkommen für die Miete drauf. Der Deutsche Mieterbund rechnet mit einer weiteren Teuerung. Zugleich gibt es aber in den Ballungsräumen die meisten Jobs.

Die Preisexplosionen führen dazu, dass Familien, Alleinerziehende und Geringverdiener in bestimmte Stadtteile oder gleich an den Stadtrand gedrängt werden – es entstehen Ghettos und Stigmatisierung. Wissenschaftler haben unlängst in einer Studie ausgemacht, dass sich Arm und Reich, Jung und Alt buchstäblich auseinanderleben.

Damit ist eine der Kernfragen des sozialen Zusammenlebens angesprochen, und sie berührt unmittelbar den Zusammenhalt einer Gesellschaft. 79 Prozent der Menschen in Deutschland sehen in hohen Wohnkosten ein erhebliches Armutsrisiko. Wohnungsnot und steigende Mieten sind zur neuen sozialen Frage geworden.

DIE KLUFT WIRD GRÖßER

Die Kluft ist nicht nur in der Wohnsituation zu beobachten, auch beim Einkommen, der Rente, bei Bildung und Teilhabe entwickeln sich die Zahlen auseinander. Das Paradoxe daran: Deutschland geht es insgesamt gut. Es gibt seit Jahren ein anhaltendes Wirtschaftswachstum, die Haushalte sind solide aufgestellt und liefern sogar Überschüsse. Es herrscht Rekordbeschäftigung. Und dennoch ist der soziale Zusammenhalt bedroht. Die Folge: Solidarität als Wert schrumpft.



Sie aber ist die Kraft, die eine Gesellschaft festigt, sie ist der Kitt, der sozialen Frieden wahrt sowie Verbundenheit und Zusammengehörigkeit fördert und sichert. Solidarität drückt sich aus in individueller Hilfe und zivilgesellschaftlichem Engagement, in gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, zwischen den Geschlechtern, den Generationen, den Regionen. Man könnte sagen: Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität.

Wenn die Verbundenheit der Individuen schwindet, schlägt die Stunde der Populisten. So entsteht ein Teufelskreis. Denn vor allem rechtsnationale Kräfte schüren soziale und kulturelle Konflikte. Der renommierte Soziologe Wilhelm Heitmeyer sprach schon vor einigen Jahren von einer „zunehmend rohen Bürgerlichkeit“. In einer großen Studie über „Deutsche Zustände“ wies er nach, dass es einen Anstieg der Verunsicherung gebe, einhergehend mit der Furcht vor sozialem Abstieg.

Drei Viertel der Bevölkerung glauben demnach, dass die Bedrohung des Lebensstandards die Solidarität mit Schwachen verringere. Der Forscher sieht bei vielen Menschen die Grundwerte Solidarität und Gerechtigkeit als nicht mehr so gefragt an – besonders in der Mitte der Gesellschaft. Es drohe eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“.

GESPALTENER ARBEITSMARKT

Hier darf die Politik nicht in Schockstarre geraten, sondern muss Wissen in politisches Handeln übersetzen.

Und Wissen über die „deutschen Zustände“ und deren Gründe ist reichlich vorhanden.

Die ungleiche Vermögensverteilung verfestigt sich, weil hohe Vermögen immer weniger durch Leistung gebildet, sondern vererbt oder geschenkt werden. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die untere Hälfte nur ein Prozent.

Und während Spitzeneinkommen und Kapitalgewinne steigen, verdienen die unteren 40 Prozent der Beschäftigten real weniger als vor 20 Jahren.

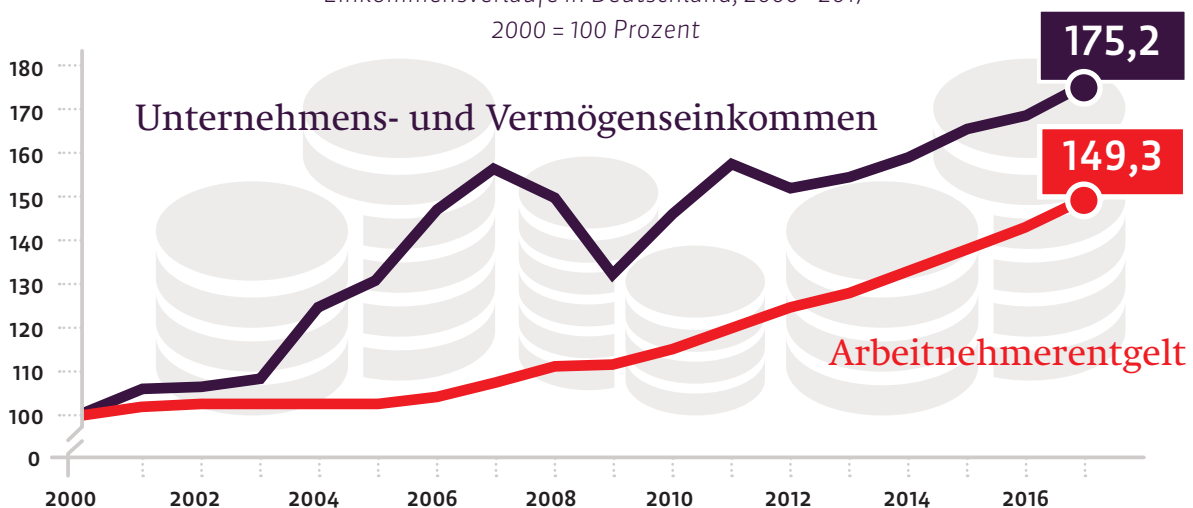
Exorbitante Managergehälter und Bonizahlungen stehen immer häufiger in krassem Missverhältnis zur tatsächlichen Leistung von Spitzenkräften. Ihnen gegenüber stehen Angestellte, die ihr Leben lang hart arbeiten und im Alter trotzdem arm werden, weil die Rente nicht zum Leben reicht.

Vor allem Frauen droht Altersarmut. Zahlen der Deutschen Rentenversicherung zeigen: Während die Altersrente bei Männern 2017 im Durchschnitt zwischen 688 und 902 Euro lag, bekamen Frauen nur zwischen 433 und 810 Euro. Das sind zwar höhere Werte als noch vor einigen Jahren, aber gemessen an der Lebensleistung zu wenig. Die Grundsicherung muss immer öfter in Anspruch genommen werden. So hat sich zwischen 2003 und 2016 laut Paritätischem Wohlfahrtsverband die Zahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter oberhalb der Regelaltersgrenze mehr als verdoppelt.

Auch der Arbeitsmarkt ist gespalten. Auf der einen Seite gibt es beinahe Vollbeschäftigung und sichere Jobs mit anständigen Gehältern. Auf der anderen Seite knechten Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen mit niedrigen Löhnen. Außerdem gibt es einen Sockel von 800.000 Langzeitarbeitslosen.

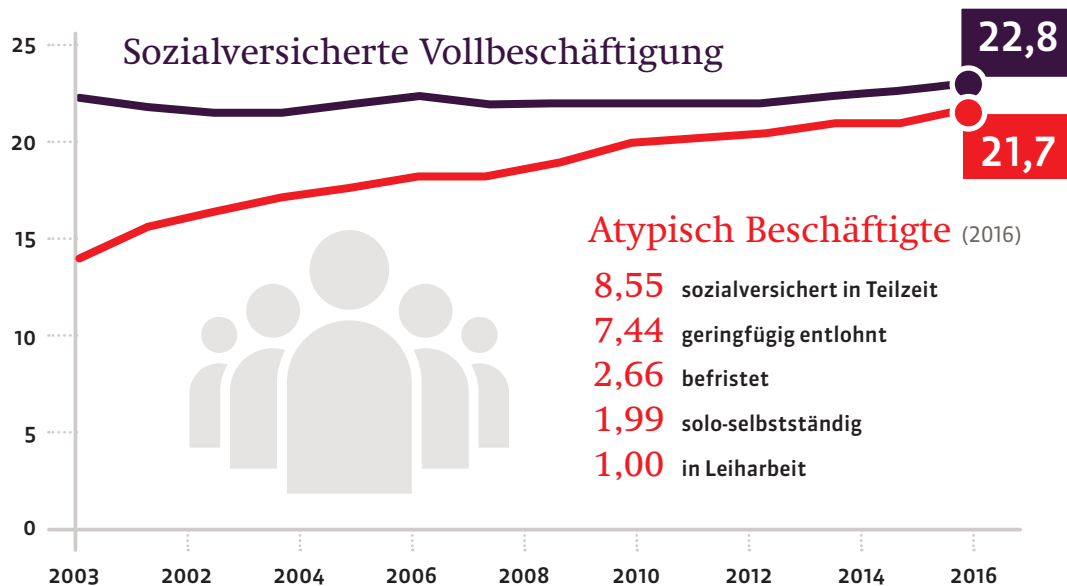
Die Kluft bleibt groß

Einkommensverläufe in Deutschland, 2000–2017
2000 = 100 Prozent



Unsichere Arbeitsverhältnisse nehmen zu

Vollzeit- und atypische Beschäftigte, in Millionen



Quelle: Atlas der Arbeit/destatis

Hinzu kommt: Frauen werden für die gleiche Arbeit im Schnitt immer noch schlechter bezahlt als Männer. Hier lohnt ein Blick in die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Demnach bezieht jeder zweite angestellte Mann brutto mehr als 3000 Euro im Monat, aber nicht einmal jede dritte Frau. Fast die Hälfte der Frauen verdient weniger als 2000 Euro. Gender-Gap heißt das auf neudeutsch – Lohnlücke.

LOHNLÜCKE AUCH ZWISCHEN OST UND WEST

Einige der Gründe liegen auf der Hand: Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit, aus der sie nur schlecht wieder herauskommen. Sie machen mehr Pausen für die Familie und arbeiten häufig in generell schlechter bezahlten Bereichen, etwa der Pflege.

Nicht so offensichtlich, aber doch entscheidend als weiterer Grund: die gläserne Decke. Frauen kommen zu oft nicht gegen bestehende Männerbünde an, hohe Positionen mit entsprechender Vergütung bleiben ihnen so verwehrt.

Auch die Lohnlücke zwischen Ost und West existiert noch immer. In Ostdeutschland bekommen 41 Prozent der Beschäftigten weniger als 2000 Euro im Monat. Im Westen sind dies nur 32 Prozent.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wächst. Zugleich fehlen qualifizierte Pflegerinnen und Pfleger, die sich liebevoll um sie kümmern. Darunter leiden nicht nur Millionen kranke und alte Menschen, sondern auch deren Angehörige.

Junge Menschen sind häufig benachteiligt, wenn sie aus bildungsärmeren Familien stammen oder ausländische Wurzeln haben. Überhaupt gelingt es immer weniger, sozialen Aufstieg durch Bildung und Leistung zu schaffen. Über die Zukunftschancen entscheiden oft nicht Können und Wollen, sondern Geldbeutel und Stellung der Eltern.

EIN GEFÜHL VON UNGERECHTIGKEIT

Es schleicht sich ein Gefühl von Ungerechtigkeit in die Lebenswelten der Menschen. Es ist ein Gefühl, nicht teilhaben zu können, nicht beachtet, nicht ernst genommen zu werden – kurz Verunsicherung. Der Sozialforscher Heinz Bude spricht von einer „Gesellschaft der Angst“. Das ist keineswegs spöttisch gemeint. Bude meint das Empfinden, „in eine Welt geworfen zu sein, die einem nicht mehr gehört“. Die Menschen fühlten sich gesellschaftlichen Entwicklungen ausgeliefert.

Stichwort Ungerechtigkeit: Rückgrat der Wirtschaft sind noch immer kleine und mittelgroße Betriebe, Selbstständige, Handwerker, Familienunternehmen. Sie schaffen Arbeitsplätze, sind fleißig, zahlen Steuern und halten sich an die Regeln. Und dann sind dort multinationale Großkonzerne. Sie kennen keine Sozialpartnerschaft, lehnen Tarifverträge ab, mögen keine Betriebsräte und wollen ihre Gewinne in Deutschland abschöpfen, ohne sich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Stichwort Teilhabe: Das deutsche Gesundheitssystem gilt als eines der besten der Welt. Aber während Kassenpatienten oft wochenlang auf einen Termin beim Arzt warten müssen, bekommen Privatversicherte umgehend den Chefarzt zu Gesicht. Für bestimmte medizinische Leistungen zahlen Gutverdiener einfach extra. Anderen bleibt das verschlossen.

Stichwort Sicherheit: Wohnungseinbrüche haben in den vergangenen Jahren zugenommen, Vandalismus, Gewalttaten und verbale Bedrohungen beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Menschen. Viele glauben sogar, der Rechtsstaat habe die Kontrolle verloren. Das hat er zwar nicht. Das wird er auch nicht.

GEFÄHRLICHE ENTWICKLUNG

Doch das Gefühl ist bei ganz vielen Menschen so stark, dass sie in ihrer Hilflosigkeit auf die Zaubersprüche von Rechtspopulisten hereinfallen. Für rationale Argumente, etwa, dass Einbruchsdelikte immer öfter aufgeklärt werden und Gewaltdelikte zurückgehen, sind sie nicht mehr empfänglich.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Wenn Menschen sich mit ihren Nöten allein gelassen und belächelt fühlen, entsteht der Nährboden für soziale Konflikte und Extremismus. Der Staat muss deutlich machen, dass er Recht nicht nur spricht, sondern auch durchsetzt.

Verstärkt wird das Gefühl von Unsicherheit und Ignoriertwerden durch eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft

in diejenigen, die in kultureller Vielfalt und Weltoffenheit eine Chance für das Land sehen. Ihnen macht Verschiedenheit keine Angst, es ist für sie Bereicherung und Inspiration.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, denen der Zuzug von Migranten aus fernen Kulturkreisen Sorgen und Angst bereitet.

Festzuhalten bleibt: Es gibt eine Spaltung der Gesellschaft. Der Zusammenhalt bröckelt. Es fehlt an Solidarität.

WAS WIRKLICH WICHTIG IST

Eine große Emnid-Umfrage aus dem Juli 2018 belegt, dass es genau die zuvor skizzierten Themen sind, die den Menschen unter den Nägeln brennen. Es ist eben nicht die Flüchtlingspolitik, die alle Sorgen beherrscht – auch wenn ein havarierter Innenminister und CSU-Chef das glauben machen will.

Auf Platz 1 mit 79 Prozent steht die Bekämpfung von Altersarmut. Dicht gefolgt von einer Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder und einer Stärkung der Kranken- und Pflegeversicherung. Auf dem vierten Platz liegt der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr bezahlbarem Wohnraum. Es folgen der Kampf gegen Terrorismus und mehr Umweltschutz. Das Thema Flüchtlinge rangiert auf Platz 13.

Der ARD-Deutschlandtrend vom August 2018 bestätigt die Umfrage. Demnach ist für 69 Prozent die Gesundheits- und Pflegepolitik sehr wichtig, für 55 Prozent Kriminalität, für 52 Prozent die Klimapolitik und für 51 Prozent die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Das Thema Asylpolitik schät-

TITEL

Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie

Zeilen aus Bertold Brechts Solidaritätslied: „Wollen wir es schnell erreichen, brauchen wir noch dich und dich. Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich.“ Und im Refrain: „Vorwärts und nie vergessen: die Solidarität“. Brechts Klassiker beschwört die Macht des vereinten Kampfes und des Zusammenhalts.

Als das Solidaritätslied zum Gassenhauer wurde, säumten in der Folge der Weltwirtschaftskrise Heerscharen von Arbeitslosen die Straßen; die Familien wussten

nicht, woher sie das Geld fürs Essen nehmen sollten. Heute geht es Deutschland gut. Trotzdem schwindet der innere Zusammenhalt, es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen, die sich immer weniger als Teil dieser Gesellschaft fühlen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und eine Herausforderung.

ARBEITER SOLIDARISIEREN SICH

Arbeiterbewegung und Gewerkschaften waren es, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dafür sorgten, dass das Industrieproletariat sich solidarisierte. Die Erfindung der Dampfmaschine hatte eine neue Form der Arbeit und eine neue Arbeiterschaft entstehen lassen. In elenden Verhältnissen arbeitete sie sieben Tage die Woche, jeweils zwölf bis vierzehn Stunden lang. Kinderarbeit, keine Arbeitsverträge, kein Gesundheitsschutz, keine Sozialversicherung,

zen 39 Prozent als sehr wichtig ein. Es geht also um die so genannten Alltagsorgen und -probleme.

Was ist zu tun? Wie lassen sich die Spaltungen überwinden, wie lässt sich Solidarität wieder stärker gesellschaftlich organisieren und in den Herzen und Köpfen der Menschen verfestigen?

Persönliche Zufriedenheit und sozialer Zusammenhalt sind eng daran gekoppelt, ob Leistung und Anstrengung sich lohnen, ob „soziale Teilhabe- und Aufstiegschancen und die soziale Sicherung alles in allem als ‚gerecht‘ empfunden werden“. So steht es im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Umgekehrt bedeutet das, die Menschen benötigen Perspektiven, damit aus einer Aufstiegs-gesellschaft nicht tatsächlich eine Abstiegs-gesellschaft wird. Genau davor warnt der Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey in seinem viel beachteten neuen Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“.

Wichtigster Punkt: Sicherheit und Wertschätzung in der Arbeitswelt, im digitalen Wandel. Maxime muss sein, dass sich die Arbeitswelt an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren hat, nicht umgekehrt. Sie darf der modernen Lebenswirklichkeit nicht zuwider laufen. Das bedeutet mehr Flexibilität, aber auch Verlässlichkeit. Bildung muss die Leiter zum sozialen Aufstieg sein, gleicher Zugang zu Bildung eine Selbstverständlichkeit.

Verlässlichkeit und soziale Sicherheit sind auch der Schlüssel zu einer gerechten Renten- und Pflegepolitik.

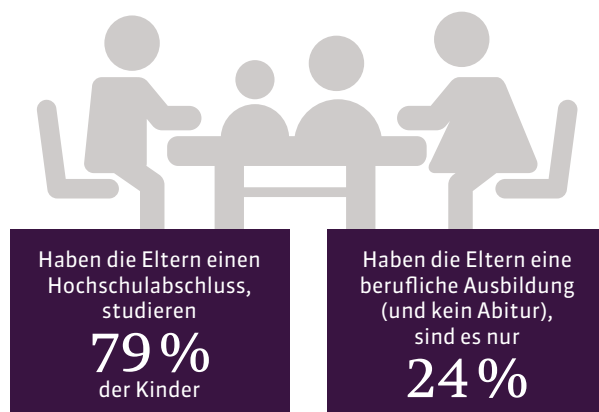
kein Recht auf Urlaub. Erst als organisierte Arbeiterbewegung erreichten die Beschäftigten grundlegende Verbesserungen ihrer Situation.

Bis zur umfassenden Einführung des Sozialstaats sollte es noch bis nach dem Zweiten Weltkrieg dauern. Noch 1954 warb die Gewerkschaft mit dem Slogan „Samstags gehört Vati mir“ für eine Fünf-Tage-Woche und eine Arbeitszeit von 40 Wochenstunden, die in den folgenden Jahren in den meisten Branchen Realität wurde, genau wie die Lohnerhöhungen der Wirtschaftswunderjahre.

Mit Hilfe von Arbeitszeit- und Sozialgesetzen wurde der Markt in seine Schranken verwiesen, die Menschen vor seinen Auswüchsen geschützt. Und so endet Brechts Lied mit der Frage: „Wessen Morgen ist der Morgen? Wessen Welt ist die Welt?“ Es ist höchste Zeit für eine Rückbesinnung auf den alten Wert Solidarität. ■

Große soziale Unterschiede

bei der Beteiligung an Hochschulbildung



Nationaler Bildungsbericht, Bildung in Deutschland 2018

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, darf im Alter nicht arm oder vernachlässigt werden. Und junge Beschäftigte dürfen nicht unter erdrückenden Rentenbeiträgen leiden. Das auszutarieren, ist eine der großen demografischen Herausforderungen dieser Zeit. Von ähnlicher Dimension ist die Kluft beim Wohnen. Bezahlbare Mieten sind unzweifelhaft die neue soziale Frage. Der Spagat ist, Landflucht zu verhindern, Mieten für alle bezahlbar zu halten, um so Brennpunkten vorzubeugen, und alle Regionen in Deutschland mit der gleichen Lebensqualität auszustatten.

REALISMUS OHNE RESENTIMENTS

Ein unverkrampfter Umgang mit dem Begriff Heimat hilft zusätzlich, Vorurteile abzubauen. Heimat ist dort, wo sich Menschen wohl, akzeptiert und geborgen fühlen. So beschreibt es die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage. Heimat gebe „Orientierung und vermittelt einen festen Halt, die Herausforderungen des Lebens zu bestehen und nach vorne zu blicken“.

Wenn diesen Vorstellungen konkretes politisches Handeln folgt, wenn Realismus ohne Ressentiments Leitschnur in der Flüchtlingspolitik ist, wenn das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wieder stärker in den Fokus rückt – dann wird Solidarität wachsen. Wenn Sachzwänge nicht einfach hingenommen, sondern mit Leidenschaft Lösungen erkämpft werden – dann ist der Weg zurück zum Zusammenhalt nicht mehr lang. ■

RENTE

Lebensleistung anerkennen, Lebensrisiken absichern

Eine verlässliche Rentenpolitik ist eines der wichtigsten und drängendsten Themen, die die Koalition jetzt anpackt. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss sich darauf verlassen können, eine ordentliche Altersvorsorge zu haben.

In einer solidarischen Gesellschaft, die zusammenhält, sind langfristige Zusagen für alle Generationen in der Rentenversicherung unerlässlich.

Es waren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die das Thema Rente immer wieder in den Blickpunkt gerückt und schlussendlich auch deutliche Verbesserungen im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Denn: Die Koalition stärkt die gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung. Dazu hat Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) ein Rentenpaket vorgelegt, das im Herbst vom Bundestag beraten wird.

RENTENNIVEAU GESICHERT, EIN NEUER GENERATIONENVERTRAG

Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass das Absinken des Rentenniveaus gestoppt und bis 2025 auf 48 Prozent stabilisiert wird. Das bedeutet, dass die Renten künftig wieder wie die Löhne steigen – ein echter Wendepunkt in der Rentenpolitik. Den Beitrag begrenzt die Koalition auf maximal 20 Prozent für die nächsten sieben Jahre. Die kommenden Generationen können auf eine stabile Rente vertrauen.

Für die Zeit ab 2025 arbeitet bereits eine Rentenkommision an Empfehlungen, wie die Rente mit einem garantierten Mindestniveau und einem verlässlichen Höchstbeitrag weiter gesichert werden kann. Auf diese Weise kann ein neuer Generationenvertrag geschlossen werden.

ERWERBSMINDERUNGSENTE UND MÜTTERRENTE ERHÖHEN

Mit dem Rentenpaket erfahren auch diejenigen Menschen mehr Solidarität, die ihren Lebensunterhalt aus gesundheitlichen Gründen nicht aus eigener Kraft erarbeiten können. Schon in der letzten Wahlperiode hatten SPD und CDU/CSU im Bundestag stufenweise Verbesserungen bei der Erwerbs-

minderungsrente beschlossen, die zu höheren Renten künftiger Leistungsempfängerinnen und -empfänger führen. Diese Erhöhung der sogenannten Zurechnungszeit kommt nun schneller als geplant – und nicht stufenweise, sondern in einem Schritt auf das heutige Renteneintrittsalter.

Schließlich wird auch die Mütterrente erhöht. Geplant ist, Mütter (und Väter) besserzustellen, die drei oder mehr Kinder großgezogen haben, von denen mindestens eines vor 1992 geboren ist. Sie sollen künftig auch für vor 1992 geborene Kinder jeweils drei Rentenpunkte erhalten. Über die genaue Ausgestaltung werden die Abgeordneten im parlamentarischen Verfahren beraten.

Künftig haben auch alle Selbständigen eine Alterssicherung. Für sie gilt in Zukunft eine Altersvorsorgepflicht mit einem Vorrang für die gesetzliche Rente. Der Grund: Die Alterssicherung der Selbständigen ist eine wichtige Maßnahme, um den Wandel der Arbeitswelt in Folge der Digitalisierung sozial zu gestalten. Dabei achten die Sozialdemokraten auf eine gründerfreundliche Ausgestaltung.

DIE GRUNDRENTE KOMMT

In einem zweiten Rentenpaket wird die Koalition in dieser Legislatur die Grundrente einführen. Menschen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben, haben ein Recht darauf, im Alter sozial abgesichert leben zu können: Wer 35 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt hat, Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt hat, bekommt eine Alterssicherung mindestens zehn Prozent oberhalb der Grundsicherung.

Die neuen Regelungen sollen für alle jetzigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner gelten. Das Ganze wird von der Rentenversicherung abgewickelt. Und: Ältere Menschen müssen zukünftig keine Angst mehr haben, ihr selbstgenutztes Wohneigentum – ihr Haus oder ihre Wohnung – aufgeben zu müssen, wenn sie Grundsicherung beantragen oder die Grundrente beziehen. ■

INTERVIEW

„Der Wohlfahrtsstaat wird von zwei Seiten angegriffen“

Gespräch mit Per Molander



Der schwedische Politik-Berater und Experte für Verteilungsfragen Per Molander über den Kapitalismus als solidaritätsfeindliche Ideologie und den sozialdemokratischen Kampf für Wohlfahrtsstaat und Demokratie.

Herr Molander, was bedeutet Solidarität für moderne Gesellschaften?

Solidarität und Vertrauen sind für jede Gesellschaft grundlegend. Es handelt sich um eine Art Versicherung – jeder soll nach seinem Vermögen einen Beitrag geben und kann dafür damit rechnen, Hilfe zu bekommen, wenn es nötig wird.

Die Sozialsysteme in Europa sind unter Druck, zunehmend haben Menschen das Gefühl, sich nicht mehr auf sie verlassen zu können. Was können die westlichen Gesellschaften tun?

Das Hauptproblem ist, eine gute Balance zwischen Anreizen und Leistungen zu finden. Im Idealfall ist eine Sozialversicherung etwas, das man durch Arbeit verdient, so ist sie ein Anreiz zur Arbeit. Aber es gibt Menschen, die mit schweren Behinderungen geboren sind, es gibt Migranten, die spät im Leben in unsere Ländern kommen und nicht die Zeit haben, eine auskömmliche Rente zu verdienen usw. Das Problem ist, den Mittelweg zwischen Freigiebigkeit und finanzieller Verantwortlichkeit zu finden.

Leben wir in unsolidarischen Zeiten?

Die natürliche Solidarität, die wir seit Jahrtausenden in uns tragen, kann nur in kleinen Gruppen stabil sein, wie wir sie in den Jäger-Sammler-Gesellschaften hatten. Mit der Landwirtschaft, der Verstädterung und der Industrialisierung sind wir in andersartige Gesellschaften geraten. Und selbstverständlich ist es für unser gesellschaftliches Klima grundlegend, dass der reine Kapitalismus eine Ideologie ist, in der es keinen Platz für Solidarität gibt. Er fördert andere Persönlichkeiten und andere Verhaltensweisen.

Wie kann der Staat diesen Kapitalismus bändigen?

Verhaltensweisen, die in einer kapitalistischen Umgebung gefördert werden, führen langfristig zur Verwitterung des sozialen Kapitals, und ohne soziales Kapital kann eine Gesellschaft nicht überleben. Der Staat sollte also die Ungleichheit beschränken und eine pluralistische Gesellschaftsstruktur unterstützen.

In Europa erstarken rechte Parteien, und die Politikverdrossenheit wächst. Wie kann das Vertrauen gestärkt werden?

Der Wohlfahrtsstaat wird von zwei Seiten angegriffen: Die ökonomischen Machthaber und die traditionelle Rechte versuchen den Staat zu schwächen, weil er das Hauptinstrument der Sozialdemokratie für den Ausgleich ist. Die extreme Rechte, die sich aus dem Nationalismus und der Antimodernität nährt, bekämpft die liberale Demokratie und hat nichts dagegen, einen starken Staat für ihre Ziele zu benutzen. Die Sozialdemokratie und die Sozialliberalen in der politischen Mitte müssen daher einen Krieg an zwei Fronten kämpfen – einerseits, um den Wohlfahrtsstaat zu verteidigen, andererseits, um die liberale Demokratie zu bewahren.

Wäre gerechte Verteilung der Schlüssel zu einer solidarischen Gesellschaft?

Gerechtigkeit ist ein komplexer Begriff, aber zweifellos ist die schiefere Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten Jahrzehnten in den OECD-Ländern eine Ursache des politischen Verdrusses. Teilweise lassen sich diese Veränderungen durch technische, demografische und ökonomische Faktoren erklären, aber politische Entscheidungen haben dazu beigetragen. Deregulierungen und Marktöffnungen wurden auch von sozialdemokratischen Regierungen durchgeführt, bis zu einem Grad, der es für manche Wähler heute schwierig macht, den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Rechtsparteien auszumachen.

Das müssen Sie erklären!

Die ideologische Offensive der Rechten, die in den 1970er-Jahren deutlich wurde, ist mit den Machtübernahmen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan in praktische Politik übersetzt worden – Deregulierungen, Privatisierungen, Outsourcing usw. Als die schwedischen Sozialdemokraten zur Macht zurückkehrten, haben die meisten Wähler eine traditionelle Politik erwartet, aber die Sozialdemokraten haben die Rechtspolitik im Allgemeinen fortgesetzt. Eine ähnliche Verhaltensweise konnte

man in Großbritannien nach der Machtübernahme von Tony Blair sehen. Der Verdruss unter Linksdemokraten in den Vereinigten Staaten hat den gleichen Ursprung.

Sie sagen Ungleichheit hat eine natürliche Tendenz, zu wachsen. Was bedeutet das für die Politik?

Dass die Ungleichheit eine natürliche Tendenz zu wachsen hat, ist eine Tatsache. Das zeigt uns die Geschichte, und das kann auch in theoretischen Modellen gezeigt werden. Für die Politik bedeutet das, dass man unaufhörlich die Entwicklung der Verteilung bewachen muss, und mit verschiedenen Maßnahmen dieser natürlichen Tendenz entgegenarbeiten muss.

Was heißt das konkret für politisches Handeln, zum Beispiel bei der Digitalisierung oder den hohen Mieten in Städten?

Der Staat muss proaktiv handeln. Ein Beispiel: Die technologische Entwicklung kann in verschiedene Richtungen gehen. Wenn man diese Entwicklung dem Markt vollständig überlässt, dann wird die Nachfrage nach Arbeit schnell fallen. Wenn der Staat einen Teil der Verantwortung annimmt, gibt es auch andere Möglichkeiten. Im wohnungsbaupolitischen Bereich kann der Staat die schwachen Gruppen passiv durch Wohngeld stützen oder aktiv durch Produktion von Wohnungen mit mäßigen Preisen. Der gemeinsame Nenner ist die Tatsache, dass der Markt ohne Regelungen zu wachsender Ungleichheit führt.

Per Molander ist schwedischer Politik-Berater und Autor. Er forscht und publiziert zu Verteilungsfragen. Seit 2013 ist er Mitglied der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften. ■

»

„Der reine Kapitalismus ist eine Ideologie, in der es für Solidarität keinen Platz gibt.“

«

ARBEIT

Gerecht am Wohlstand teilhaben

Politik für ein solidarisches Land bedeutet, Arbeit wertzuschätzen. Solidarische Politik sorgt für eine humane Arbeitswelt, die Leistung gerecht anerkennt, Sicherheiten gibt und neue Chancen schafft.

Sie pflegen alte Menschen und versorgen Kranke, stehen am Fließband, betreuen Kinder, produzieren und verkaufen Waren: Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen Monat für Monat für eine steigende Wirtschaftsleistung in Deutschland. Ihnen ist es zu danken, dass das Land prosperiert. Sie sind Leistungsträgerinnen und Leistungsträger der Gesellschaft. Doch viele Menschen können nicht ausreichend an der guten wirtschaftlichen Lage teilhaben.

DAS STEUER- UND ABGABENSYSTEM WIRD GERECHTER

Die SPD-Fraktion will, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Geld im Portemonnaie haben – und damit gerecht am Wohlstand teilhaben und für ihre Leistung entlohnt werden. Sie sorgt für mehr Netto, indem Steuern und Abgaben gezielt für kleine und mittlere Einkommen sinken. Dadurch wird das Steuer- und Abgabensystem auch gerechter. Mit der Reduzierung des Arbeitnehmerbeitrags zur Krankenversicherung und des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung stärkt die Koalition die Beschäftigten um 8 Milliarden Euro.

Arbeitnehmer werden von 2021 an zudem entlastet durch den Wegfall des Solidaritätszuschlags – dies gilt für 90 Prozent der Solizahlerinnen und -zahler. Die Entlastung beträgt 10 Milliarden Euro.

Auch die Einkommensteuer wird gesenkt, um die Effekte der so genannten kalten Progression auszugleichen. Damit werden inflationsbedingte Steuer Mehrbelastungen vermieden, denen bei den Steuerpflichtigen kein tatsächlicher Kaufkraftzuwachs gegenübersteht.

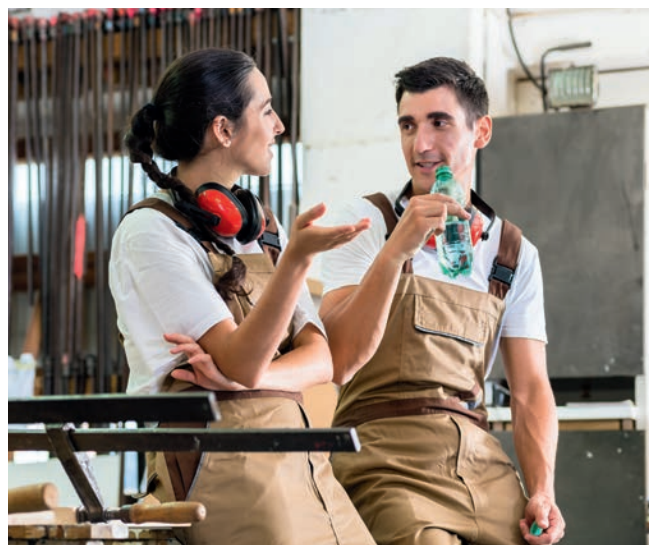
WEITERBILDUNG FÖRDERN, SICHERHEIT GEBEN

Doch es geht um mehr als finanzielle Maßnahmen: Die Koalition unterstützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im digitalen Wandel der Arbeitswelt, denn mit der Digitalisierung verändern sich Berufe und Tätigkeiten – und damit auch die Anforderungen an die Beschäftigten. Deswegen hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) eine Weiterbildungsoffensive gestartet, die von der

SPD-Fraktion unterstützt wird. Damit sollen umfassende Ansprüche auf Weiterbildung und Weiterbildungsberatung geschaffen werden. Die Mitbestimmung, also das allgemeine Initiativrecht der Betriebsräte, wird gestärkt. Arbeitgeber und Betriebsrat haben über Maßnahmen der Berufsbildung zu beraten; jede Seite kann einen Moderator anrufen, um eine Einigung zu erreichen. Außerdem wird das „Aufstiegs-BAföG“ gestärkt, das Fortbildungen etwa zum Meister oder zur Technikerin fördert.

Die Koalition wird zudem vielen jungen Beschäftigten mehr Sicherheit für die Planung der eigenen Zukunft geben. Sachgrundlose Befristungen werden eingeschränkt: Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten dürfen künftig nur noch maximal 2,5 Prozent ihrer Beschäftigten ohne einen Sachgrund befristen. Und durch die Begrenzung von Kettenbefristungen auf maximal fünf Jahre werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr endlos mit befristeten Verträgen hingehalten.

Langzeitarbeitslose erhalten neue Perspektiven durch öffentlich geförderte Beschäftigung in einem sozialen Arbeitsmarkt. Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, unterstützt die Koalition dabei, wieder in Arbeit zu kommen – in der freien Wirtschaft, bei sozialen Einrichtungen oder Kommunen. Hierfür stehen 4 Milliarden Euro zur Verfügung. ■



BILDUNG

Damit alle gleiche Chancen haben

Solidarität in einer Gesellschaft zeigt sich auch daran, ob möglichst alle die gleichen Chancen auf Bildung bekommen. Um dieses Ziel weiterzuverfolgen, investiert der Bund massiv in Bildung und ihre Institutionen.

Bildung ist nicht nur der Schlüssel zum beruflichen und sozialen Aufstieg, sie ist auch entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es geht um gleiche und gerechte Chancen auf Aus- und Weiterbildung – unabhängig von Herkunft oder Einkommen. Dem fühlt sich die SPD-Fraktion in besonderem Maße verpflichtet; schließlich waren es die Sozialdemokraten, die in den 70er-Jahren das BAföG eingeführt haben und seit langem für die Abschaffung von Kitagebühren kämpfen.

Da vor allem die Schulpolitik überwiegend Ländersache ist, war es für den Bund seit der letzten Föderalismusreform schwierig, hier wirkungsvoll zu unterstützen. Doch auf Druck der SPD-Fraktion wird nun per Grundgesetzänderung das so genannte Kooperationsverbot weiter aufgebrochen. Das heißt, der Bund darf stärker beim Bau, der Sanierung und digitalen Ausstattung von Schulen unterstützen. Mit der Union sind im Koalitionsvertrag viele Maßnahmen vereinbart, die zu mehr Chancengleichheit und gerechterer Teilhabe an Bildung führen.

INVESTITIONEN IN KITAS UND SCHULEN

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat dazu das „Gute-Kita-Gesetz“ vorgelegt. Damit investiert der Bund massiv in die Qualität der Kinderbetreuung und den Abbau von Kita-Gebühren. 3,5 Milliarden Euro stehen dazu allein in dieser Legislaturperiode bereit. Wesentliche Ziele der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind es, einerseits beste Bedingungen in der frühkindlichen Bildung zu schaffen und andererseits die Kita-Gebühren in ganz Deutschland schrittweise abzuschaffen.

Auch bei den Schulen wird sich vieles verbessern: Mit 2 Milliarden Euro werden Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung ausgebaut – zusätzlich zur laufenden Sanierung von Schulen in finanzschwachen Städten und Gemeinden.

Es geht dabei um einen wichtigen Aspekt: Ganztagsplätze bieten mehr Zeit, Kinder individuell zu fördern. Das verbessert die Chancengleichheit.

Der Bund schließt mit den Bundesländern außerdem einen Digitalpakt für Schulen. Zweck ist es, das Lernen zu modernisieren und Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben in der digitalen Welt vorzubereiten. Dafür werden in den nächsten Jahren 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen investiert.

AUSBILDUNG FÖRDERN

Kritisiert werden oft die unterschiedlichen Lernstandards in den Bundesländern. Auch hier setzt die Koalition an: Ein Nationaler Bildungsrat soll mehr Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit im Bildungswesen ermöglichen, damit Kinder auch nach einem Umzug an der neuen Schule die gleichen Lernbedingungen vorfinden.

Auch in der beruflichen Bildung und bei den Hochschulen gibt es Verbesserungen. Die Koalition hat sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode die gesamte berufliche Bildung zu modernisieren. Berufsschulen bekommen digitale Technik, Ausbildungsstandards werden auf den neuesten Stand gebracht, und für Azubis wird eine Mindestvergütung eingeführt. Apropos: Wer sich für eine Ausbildung in Gesundheitsfachberufen entscheidet, soll dafür nicht auch noch Schulgeld zahlen müssen. Das wird gestrichen.

Schließlich: Das BAföG wird erhöht und ausgeweitet. Dadurch erhalten mehr Schülerinnen, Schüler und Studierende einen Anspruch auf Förderung. Das bedeutet mehr Unabhängigkeit für junge Menschen und mehr Chancengleichheit im Studium. Dafür stehen 1 Milliarde Euro bereit. Auch das „Aufstiegs-BAföG“ wird reformiert. Und das studentische Wohnen wird verbessert. ■

WOHNEN

Die Lebensqualität vor Ort erhöhen

Vor allem für Familien, Alleinerziehende, Ältere, Menschen mit Behinderung, und Studierende fehlt bezahlbarer Wohnraum. Das zu ändern, ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

VON SÖREN BARTOL, MDB

Deutschland fehlen 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen, so eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung. In Großstädten mit angespannten Wohnungsmärkten hätten mittlerweile 35 bis 50 Prozent der privaten Haushalte Anspruch auf den Bezug einer Sozialwohnung. Gleichzeitig haben wir in ländlicheren Regionen Deutschlands mehr als eine Million leerstehende Wohnungen.

Diese Dynamiken machen klar: Wohnen bezahlbar und lebenswert zu gestalten, Gemeinden aber auch lebenswert zu erhalten, ist eine der zentralen sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Viele Menschen verbinden mit ihrer Heimat ein soziales Miteinander und ein lebenswertes Wohnumfeld. Politik für ein solidarisches Land bedeutet, für gute öffentliche Leistungen in unseren Städten und Gemeinden zu sorgen, bei Bildung, Kultur, Gesundheit und Mobilität, und zwar überall in Deutschland: in Ost und West, in Stadt und Land.

WOHNUNGSBAUOFFENSIVE

Deswegen müssen wir die Wohnungsbauoffensive als wichtigstes Mittel gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten, die wir in der vergangenen Legislaturperiode unter Federführung unserer Bundesbauministerin Barbara Hendricks gemeinsam mit dem von uns initiierten ‚Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen‘ begonnen ha-

ben, konsequent fortsetzen. Dabei gilt es, die Aufgaben aktiv, mit mutigen Zukunftsvisionen und konkreten Maßnahmen anzugehen – gemeinsam mit den Kommunen.

KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN

Der Koalitionsvertrag bietet eine sehr gute Grundlage hierfür. Notwendig ist ein Mix aus Instrumenten, die sowohl die Anforderungen von wachsenden Metropolen, als auch die Bedürfnisse von kleinen Städten und Kommunen im Blick haben: Investitionsanreize für den öffentlichen und privaten Wohnungsbau, Mobilisierung von Bauland, Städtebauförderung für lebenswerte Städte und Gemeinden, Förderung von Wohneigentum, Weiterentwicklung unseres sozialen Mietrechts, und die Anpassung des Wohngelds an die verschiedenen Lebensbedingungen seiner Empfänger.

Die Kommunen brauchen dabei die Unterstützung des Bundes und der Länder – vor allem beim sozialen Wohnungsbau, einer aktiven Bodenpolitik, der Bereitstellung von zusätzlichem Fachpersonal in den Kommunalverwaltungen und bei kommunalen Stadtentwicklungs- und Wohnraumkonzepten.

Die Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum hat sich in den vergangenen Jahren zu einem gesamtstaatlichen Pro-

SÖREN BARTOL



Stellvertretender
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion
für Wirtschaft, Verkehr
und Digitale Infrastruktur,
Digitale Agenda, Bau,
Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

► WOHNRAUM

muss bezahlbar bleiben, darum wird die Politik sich kümmern.

blem entwickelt, für das der Bund wieder langfristig Verantwortung übernehmen muss. Noch in diesem Jahr wollen wir das Grundgesetz ändern und es dem Bund wieder ermöglichen, die Länder im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zweckgebunden finanziell zu unterstützen. Denn in der Vergangenheit haben einige Länder die bereitgestellten Bundesmittel leider für Zwecke außerhalb des sozialen Wohnungsbaus verwendet. Leidtragende waren die Kommunen vor Ort, die mit den Problemen der sozialen Wohnraumversorgung alleine gelassen wurden.

LEBENSQUALITÄT IN STADT UND LAND

Die Förderung von sozialem Wohnungsbau muss Hand in Hand gehen mit einer nachhaltigen Baulandmobilisierung und einer gemeinsamen Liegenschaftspolitik von Bund, Ländern und Kommunen. Die Vergabe von öffentlichem Grundeigentum muss sich am besten Konzept und nicht am höchstem Preis ausrichten.

Hier haben wir bereits einen Erfolg aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Im Haushaltsgesetz 2018 sind die Weichen für eine grundlegende Änderung der Vergabep Praxis bei bundeseigenen Grundstücken durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gestellt worden. Kommunen und Länder können diese Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau im Zuge des Erstzugriffes grundsätzlich vergünstigt erwerben.

Auch Genossenschaften und sozialen Trägern kann der Bund seine Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben günstiger zur Verfügung stellen. Darauf hat die SPD-Fraktion seit langem gedrängt. Da vor allem die Baulandpreise die Mieten nach oben treiben, ist die vergünstigte Abgabe von Grundstücken besonders wichtig, um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen.

Klar ist auch: Wenn wir den immensen Druck aus den Ballungszentren herausnehmen wollen, müssen die ländlichen Räume und kleinen bis mittelgroßen Städte langfristig lebenswert bleiben. Niemand soll gezwungen sein, wegzuziehen, weil die Schule und das nächste Krankenhaus schließen oder der Bus nur noch einmal täglich fährt. Wir brauchen daher kreative Ideen, um die Attraktivität der ländlichen Regionen zu erhalten.

Es ist gut, dass das Bundeskabinett die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt hat. Als SPD-Bundestagsfraktion werden wir die Arbeit der Regierungskommission, die bis Ende 2020 ihre Ergebnisse vorlegen wird, intensiv begleiten. Wir erwarten, dass die Kommission zukunftsweisende Lösungen liefert zum Ausbau der sozialen Infrastruktur: bei Bildung, Kultur, Breitband, bezahlbarem Wohnen, Gesundheit und Mobilität, und zwar überall in Deutschland. Ein solidarisches Land stärkt für alle Menschen die Lebensqualität vor Ort, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. ■



FAMILIE

So stärkt die Koalition Familien

Familien sind eine der wichtigsten Bindekräfte einer solidarischen Gesellschaft. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es deshalb zentrales Anliegen, eine gerechte Familienpolitik zu gestalten.

In erster Linie müssen Familien darin unterstützt werden, dass allen Kindern ein gutes Aufwachsen mit gleichen Chancen ermöglicht wird. Hier setzt die SPD-Fraktion an. In den Koalitionsverhandlungen haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum Beispiel die so genannte Brückenteilzeit durchgesetzt. Damit ist für Teilzeitkräfte die Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit gemeint. Eltern können ihre Arbeitszeit vorübergehend reduzieren, um sich um die Familie zu kümmern. Sie müssen nicht mehr befürchten, dauerhaft in der Teilzeitfalle hängen zu bleiben. Die Brückenteilzeit gilt für Betriebe ab 45 Mitarbeitern, der Zeitraum beträgt zwischen einem und fünf Jahren.

Kinderarmut sagt die Koalition den Kampf an. So wird etwa der Kinderzuschlag erhöht. Allein dafür stehen 1 Milliarde Euro bereit. Zudem wird das Kindergeld in zwei Schritten um insgesamt 25 Euro erhöht. Diese beiden Leistungen

sind vor allem für Familien mit kleinen Einkommen ein echter Fortschritt.

Bedürftige Familien erhalten einen höheren Zuschuss für Schulranzen, Sportbekleidung und sonstiges Schulmaterial. Ihre Kinder bekommen ein kostenloses Mittagessen in der Kita oder Schule, eine kostenfreie Schülerbeförderung und besseren Zugang zu Nachhilfe.

All das nutzt besonders den vielen Alleinerziehenden, die ein erhöhtes Armutsrisiko tragen.

Die Rechte von Kindern werden grundgesetzlich gestärkt. Verwaltungen, Gerichte und Gesetzgebung sollen die Beteiligung, Förderung und den Schutz von Kindern in Zukunft eindeutig aus dem Grundgesetz ablesen können.

DAS „GUTE-KITA-GESETZ“

Besonders am Herzen liegt der SPD-Fraktion das „Gute-Kita-Gesetz“ aus dem Haus von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). Im Kern geht es um 3,5 Milliarden Euro, die in die Qualität der Kinderbetreuung und den schrittweisen Abbau von Kita-Gebühren fließen werden. Maßnahmen sind beispielsweise ein besserer Betreuungsschlüssel, die Stärkung von Kita-Leitungen, bedarfsgerechte Öffnungszeiten oder auch geringere Gebühren. Das „Gute-Kita-Gesetz“ soll 2019 in Kraft treten.

Schließlich wird es von 2025 an einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter geben. Damit ist es für Eltern nicht mehr Glückssache, ob sie für ihre Kinder eine verlässliche Nachmittagsbetreuung finden.

Familien benötigen neben guter Kinderbetreuung aber auch genügend Platz zum Wohnen. Vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen wird bezahlbarer Wohnraum jedoch immer knapper. Die Koalition hat darum das neue Baukindergeld auf den Weg gebracht. Es hilft jungen Familien beim Erwerb von Wohneigentum. Wenn ihr zu versteuerndes Haushaltseinkommen 75.000 Euro plus 15.000 Euro pro Kind nicht übersteigt, erhalten sie über zehn Jahre pro Kind 1200 Euro jährlich. ■

◀ FAMILIENBANDE

sind wichtig für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eltern und Kinder brauchen Unterstützung.



VERBRAUCHERSCHUTZ

Wie die neue „Eine-für-alle-Klage“ Verbraucher stärkt

Gegen große Konzerne, die oft international agieren, ist es häufig schwer, vor Gericht zu gehen. Vor allem Einzelpersonen fühlen sich einem übermächtigen Gegner ausgeliefert. Mit der Musterfeststellungsklage ändert sich das nun.

Der Bundestag hat im Juni ein Gesetz beschlossen, das für Verbraucherinnen und Verbraucher einen schnellen, effektiven und kostengünstigen Weg eröffnet, ihre Rechte gegen Konzerne vor Gericht geltend zu machen. Das funktioniert folgendermaßen:

Die so genannte Musterfeststellungsklage (MFK) erlaubt Verbänden, Verbraucherrechte wirksam und auf Augenhöhe vor Gericht durchzusetzen. Eingetragene Verbraucherschutzverbände erhalten die Möglichkeit, das Vorliegen oder Nichtvorliegen zentraler anspruchsbegründender bzw. anspruchsausschließender Voraussetzungen feststellen zu lassen.

Mit diesem rechtskräftigen Ergebnis können die Verbraucherinnen und Verbraucher dann ihre Rechte gegenüber dem Unternehmen geltend machen und zur Not in einem Folgeprozess auch ohne hohes Risiko einklagen. Die Ansprüche müssen nicht an Prozessfinanzierer abgetreten werden, und die Verbraucherinnen und Verbraucher erleiden keinen Rechtsverlust. Gleichzeitig bekommen die Unternehmen Rechtssicherheit, und die Gerichte werden durch die Bündelung der Verfahren entlastet.

Die MFK ist zulässig, wenn mindestens zehn Verbraucherinnen und Verbraucher glaubhaft betroffen sind und mindestens 50 Personen ihre Ansprüche binnen zwei Monaten nach öffentlicher Bekanntmachung der MFK zum Klageregister anmelden.

Es wird nur ein Gericht, und zwar erstinstanzlich das OLG zuständig sein. Ein Wettlauf der Verbände, wer die Musterklage führen darf, wird deshalb nicht eintreten. Sollten mehrere Musterklagen zum gleichen Fall eingereicht werden, kann das Gericht diese verbinden zu einem Verfahren. Angemeldete Verbraucherinnen und Verbraucher können noch am Tag der mündlichen Verhandlung vom Musterverfahren zurücktreten und individuell klagen. Unternehmen können sich zwar nicht registrieren, aber künftig die Aussetzung des eigenen Prozesses bis zum Abschluss des Musterverfahrens einseitig beantragen und so das Ergebnis des Musterverfahrens für den eigenen Prozess nutzen.

Die neue „Eine-für-alle-Klage“ ist ein Meilenstein im Verbraucherschutz. Verbraucherinnen und Verbraucher kommen zügig und verlässlich zu ihrem Recht, und zwar unbürokratisch und kostengünstig. Die gerechte Entscheidung steht dabei im Vordergrund und nicht der Profit. Viele Betroffene warten auf diese neue Klagemöglichkeit. Sie müssen zu ihrem Recht kommen. Und weil das Gesetz zur MFK zum 1. November dieses Jahres in Kraft tritt, nutzt sie auch noch getäuschten Autokäufern im Diesel-Skandal, deren Ansprüche zum Ende des Jahres verjähren würden. ■

Haushalt 2018: Rekordinvestitionen, aber keine neuen Schulden

Mit dem Haushalt 2018 bringt die Regierungskoalition Deutschland voran: durch mehr Investitionen und mehr soziale Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Der Deutsche Bundestag hat Anfang Juli den Haushalt 2018 beraten und verabschiedet. Er sieht Ausgaben in Höhe von 343,6 Milliarden Euro vor. Neue Schulden wird es nicht geben.

Das Ergebnis bleibt sozialdemokratischen Ansätzen treu: Der Bund investiert rund 40 Milliarden Euro zusätzlich in die Zukunft des Landes – in Kitas, in Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in den Umwelt- und Klimaschutz, in den sozialen Wohnungsbau und in die Städtebauförderung sowie in die Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Mit dem Programm ‚Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt‘ bekommen Menschen, die lange arbeitslos sind, eine echte Chance, wieder ins Berufsleben zurückzufinden – für die SPD-Fraktion eine Frage der Solidarität. Das Baukindergeld kommt rückwirkend zum 1. Januar 2018 und wird 2019 fortgeführt. Um mehr Güterverkehr umweltfreundlich auf die Schiene zu bringen, senkt die Koalition die Trassenpreise um 350 Millionen Euro pro Jahr, und zwar von 2018 an.

Damit das alles in der Praxis funktioniert, wird die Bundesverwaltung gestärkt: mit Tausenden neuen Stellen und Ausbildungsplätzen, mit besserer Bezahlung durch Stellenhebungen und mit einer Reduktion befristeter Verträge. Die Koalition hat einen Haushalt geschaffen, der Ausgaben disziplin und Nullverschuldung verbindet mit sozialdemokratischer Schwerpunktsetzung und stärkeren Investitionen. ■



PFLEGE

Eine Pflege-Agenda, die allen hilft

Eine der großen gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit ist es, gute und verlässliche Pflege sicherzustellen – sowohl zu Hause als auch im Heim. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode die Pflegeversicherung schon grundlegend reformiert und viele Leistungen verbessert. Doch der Reformprozess muss natürlich kontinuierlich fortgesetzt werden.

VON SABINE DITTMAR, MDB

Es gibt in der Pflege weiterhin viele Baustellen. Deshalb sind im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU auch zahlreiche weitere Maßnahmen vorgesehen. Unser Ziel ist es, dass spürbare Verbesserungen so schnell wie möglich bei den Pflegekräften ankommen. Im Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, das schon am 1. Januar 2019 in Kraft treten wird, sichern wir beispielsweise die Finanzierung von zusätzlichen 13.000 Fachkraftstellen in der stationären Altenpflege. Die dafür notwendigen 640 Millionen Euro werden von der gesetzlichen Krankenversicherung bereitgestellt, d. h. es wird für die Pflegebedürftigen keine finanziellen Mehrbelastungen geben. Im Krankenhausbereich werden künftig Tarifsteigerungen komplett ausge-

glichen und jede zusätzliche Pflegestelle am Bett vollständig finanziert.

Damit reagieren wir auf die zunehmende Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung bei den Pflegekräften. Die Pflegeeinrichtungen werden die Möglichkeit haben, auf Antrag schnell und unbürokratisch diese zusätzlichen Stellen finanziert zu bekommen. Das ist ein starkes Signal, dass wir es ernst meinen mit unserer Pflege-Agenda.

Unterstützung erhalten die Pflegeeinrichtungen auch durch Zuschüsse für Investitionen in Digitalisierung, die – richtig eingesetzt – das Pflegepersonal bei zahlreichen schriftlichen Arbeiten entlasten kann.

◀ PFLEGE

geht uns alle an. Die Politik stellt die Weichen dafür, dass sie allen zur Verfügung steht.

Zusätzliche Mittel wird es auch für die betriebliche Gesundheitsförderung und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben. Die Politik sorgt hier für bessere Rahmenbedingungen; es sind aber natürlich auch die Arbeitgeber gefordert, neben einer angemessenen Vergütung auch attraktive Rahmenbedingungen für ihre Beschäftigten anzubieten. Verlässliche Dienstpläne und ein gutes Gesundheitsmanagement sind bestimmt kein Hexenwerk!

PFLEGE BESSER BEZAHLEN

Im Juli 2018 ist zudem die „Konzertierte Aktion Pflege“ ins Leben gerufen worden: Zusammen mit führenden Vertreterinnen und Vertretern des Sozialsystems und relevanten Akteuren aus dem Pflegebereich sollen konkrete Maßnahmen entwickelt werden, die die Situation der Pflegekräfte verbessern. Für die Umsetzung soll es verbindliche Vereinbarungen geben. Ergebnisse werden Mitte des Jahres erwartet. Themen sind unter anderem eine Ausbildungs-offensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm sowie eine Weiterqualifizierung von Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zu Pflegefachkräften.

Wir haben enorme Ressourcen im Pflegebereich, die es im Sinne der Beschäftigten und der Pflegebedürftigen zu nutzen gilt. Wenn es gelänge, die viel zu hohe Teilzeitquote in der Pflege auf den Durchschnitt zu reduzieren, könnten 70.000 zusätzliche Vollzeitstellen in der stationären Altenpflege besetzt werden. Das wäre ein enormer Erfolg und würde die Situation in der Pflege erheblich verbessern.

Eines der zentralen Themen wird darüber hinaus die angemessene Bezahlung

nach Tarif sein: Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen zu flächendeckenden Tarifverträgen in der Altenpflege kommen können – und damit zu einer besseren Bezahlung für die Pflegekräfte in ganz Deutschland.

Wir werden aber auch Pflegebedürftige und pflegende Angehörige weiter entlasten. Sei es durch einen eigenständigen Anspruch auf medizinische Rehabilitation, ein verlässliches Angebot für Kurzzeitpflege, einen besseren Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen oder durch die geplante Zusammenfassung der Leistungen in ein jährliches Entlastungsbudget, das flexibel in Anspruch genommen werden kann.

FAZIT

Pflege ist und bleibt eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen, das uns alle betrifft. Die Politik wird ihren Beitrag dazu leisten, den Pflegeberuf attraktiver zu machen, doch auch die Arbeitgeber müssen sich ihrer Verantwortung stellen und ihren Beitrag für angemessene Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen leisten. ■

SABINE DITTMAR



Gesundheitspolitische
Sprecherin der
SPD-Bundestagsfraktion

»
**Wir werden
Pflegebedürftige und
pflegende Angehörige
weiter entlasten.**
«

